



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/104 - 9. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>10 Jahre Ring Politischer Jugend</u> Von Werner Suchstaller	48
2	<u>Wahrung an die Parteien</u> Die junge Generation zu den Bundestagswahlen	34
3 - 4	<u>Kalter Dirks an die "Zone"</u> Ein deutliches Wort an Leute, die Kritik falsch verstehen	92
5	<u>Die Klage des Städtetages</u> Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben durch Steuerzufall	32
5	<u>Symptomatisch</u> Orchestrierter Angriff	13
5 a	<u>Offene Fragen</u> Nach der Rede de Gaulles Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	34
6 - 7	<u>Die Wahrheit kennt keine Bücher</u> Auch auf dem Gebiet der Kultur ist die italienische Gesellschaft tief gespalten Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	106

* * *
* * *

10 Jahre Ring Politischer Jugend

Von Werner Buchstaller

Vor 10 Jahren bildeten die Jugendorganisationen der drei grossen politischen Parteien - Deutsche Jungdemokraten, Junge Union Deutschlands, Jungsozialisten Deutschlands - den Ring Politischer Jugend. Das war damals ohne Zweifel ein Experiment. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass dieser Schritt der jungen Politiker nicht nur von wohlwollenden Glückwünschen, sondern auch von viel Skepsis begleitet war. Die grossen Aufgaben aber verlangten zwingend den Versuch, trotz politischer Meinungsverschiedenheiten zu gemeinsamen Anstrengungen zu kommen. Die Erziehung junger Menschen zu freien Bürgern des demokratischen Staates und ihre Einbeziehung in die politische Mitgestaltung ist eine Aufgabe der Politik schlechthin und aller verantwortlichen Kräfte der Gesellschaft.

Es ist gut, dass man jetzt nach 10 Jahren feststellen darf, die Entwicklung hat den Optimisten, nicht den Zweiflern recht gegeben. Trotz aller Profilierung auch der Jungen in der Politik, hat das Trennende gemeinsame Zielsetzungen nicht verdrängt. Es ist nicht Aufgabe des Ringes Politischer Jugend, politische Meinungsunterschiede abzuschwächen. Die Demokratie lebt von politischen Alternativen, nicht von politischer Gleichschaltung. Mit Terror, Gewalt und Lüge können die Menschen, zumindest vorübergehend, in jede Staatsform gepresst werden. Zur Demokratie aber muss der Mensch erzogen, von den Werten der freiheitlichen Staatsordnung muss er überzeugt werden. In dieser grossen Aufgabe liegt das Gemeinsame im Ring Politischer Jugend.

Diese Bemühungen finden auch in der politischen Tätigkeit des Ringes Politischer Jugend ihren Niederschlag. In gemeinsamen Veranstaltungen nehmen die einzelnen Parteien zu politischen Fragen Stellung, werden Probleme der Politik und Gesellschaft zur Diskussion gestellt, ist der Ring Politischer Jugend Forum zur politischen Meinungsbildung.

Auf gemeinsamen Bildungskursen wird das Rüstzeug zur Auseinandersetzung mit totalitären Kräften erworben. In staatsbürgerlichen Seminaren mit Angehörigen der Bundeswehr bemühen sich die

Mitgliedsorganisationen des Ringes Politischer Jugend, das Schlagwort von Startbünger in Uniform in lebendige Praxis umzusetzen. Wenn heute die junge Generation in wachsendem Maße am politischen Geschehen Anteil nimmt, ist das nicht zuletzt auch auf die Bemühungen des Ringes Politischer Jugend und der politischen Jugendverbände zurückzuführen.

Das sollte anerkannt werden und es wird anerkannt. Das beweist das grosse Interesse der Parteien und politischen Institutionen und auch die vielen und prominenten Glückwünsche zur 10-Jahres-Feier beweisen es. Am Gründungstag hatten viele von ihnen noch gefehlt. Eine besondere Würdigung erhielt die Tätigkeit des Ringes Politischer Jugend durch den Herrn Bundespräsidenten, der führende Vertreter der politischen Jugendverbände zu sich eingeladen hatte. Die Verantwortlichen des Ringes Politischer Jugend fanden gerade bei diesem Gespräch die Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Bemühungen bestätigt.

* * *

Mahnung an die Parteien

sp - Der Ring Politischer Jugend hat folgende Mahnung an die politischen Parteien gerichtet:

Die junge Generation nimmt in wachsender Weise Anteil am politischen Geschehen. Die Erziehung junger Menschen zu freien Bürgern eines demokratischen Staates ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft.

Im Ring Politischer Jugend (RPJ) haben sich die Deutschen Jungdemokraten, die Jungsozialisten Deutschlands und die Junge Union Deutschlands zusammengeschlossen, um ihren Anteil an dieser Erziehungsarbeit zu leisten.

Diese Zielsetzung ist ohne die verstärkte Hilfe und eine beispielhafte Haltung der politischen Parteien nicht zu erreichen.

Deshalb müssen besonders bei harten politischen Auseinandersetzungen, die ein notwendiger Bestandteil jedes Wahlkampfes sind, die Parteien darauf achten, dass kein unwürdiges Bild unserer Demokratie entsteht.

Der Ring Politischer Jugend bekennt sich zu den Appell des Herrn Bundespräsidenten: "Der im neuen Jahr bevorstehende Wahlkampf bietet Gelegenheit zu beweisen, dass wenigstens ein allgemeines Bemühen vorhanden ist, die Grundsätze demokratischen Lebens zur allgemeinen unantastbaren Grundlage zu machen: Sachlichkeit der Auseinandersetzung, Bereitschaft auch den anderen zu hören, keine Verketzerung des Gegners."

Wie Parteien den Wahlkampf führen, ihre notwendigen Gegensätze austragen, bleibt nicht ohne Bedeutung für das Bild, das sich die heranwachsende Jugend von Gegenwart und Zukunft der Demokratie macht. Die junge Generation, im Dunkel des Dritten Reiches geboren, nun in die politische Verantwortung hineinwachsend, ist nüchtern, der Phrase abhold; sie hat ein feines Gespür für das, was echt und unecht ist. Sie verlangt Sachlichkeit statt Demagogie, Anerkennung auch des politischen Gegners statt Verketzerung. Den Parteien obliegt eine grosse Verantwortung; alle ohne Ausnahme sollten diese Mahnung des Ringes Politischer Jugend zur Richtschnur ihres Wahlkampfes nehmen. Ohne den Geist der Fairness kann keine Demokratie bestehen.

9. Mai 1961

Walter Dirks an die "Zone"

Der bekannte katholische Schriftsteller Walter D i r k s hat am 29. April dieses Jahres im Westdeutschen Rundfunk zu einem Problem Stellung genommen, das seit langen viele Politiker und Intellektuelle in der Bundesrepublik beschäftigt. Es geht hierbei um die Frage, ob sowjetzonale Zeitungen das politische und moralische Recht haben, berechtigte Kritiken westdeutscher Bürger an den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen in der Bundesrepublik als "Beweis" für die Richtigkeit kommunistischer Kritik an der Bundesrepublik zu zitieren. Die Ausführungen von Walter Dirks sind von grundsätzlicher Bedeutung; wir veröffentlichen sie deshalb in unserem Pressedienst.
Die Redaktion.

"Jeder Schriftsteller der Bundesrepublik, der Zustände in seinem Land kritisiert oder gar das politische System der Bundesrepublik, seine Ideologie oder seine Regierung grundsätzlich in Frage stellt, muss damit rechnen, dass er drüben zitiert, zum Kronzeugen gemacht, gegen sein Land ausgespielt und zum Verbündeten der SED gestempelt wird. Würden wir Intellektuellen des Westens darauf über Gebühr Rücksicht nehmen und unsere kritischen Gedanken unterdrücken, weil sie drüben als Munition im kalten Bürgerkrieg benutzt oder gar missbraucht werden, so würden wir gerade das verraten, um dessentwillen wir die Bundesrepublik gegen ihre kommunistischen Kritiker verteidigen: die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung, das Recht auf unterschiedene Kritik, nicht nur auf die eingeschränkte Kritik an einzelnen Personen und Massnahmen, wie sie in den Ostblockstaaten gleichfalls erlaubt und sogar erwünscht ist, solange sie das System eher stützt als gefährdet, sondern das Recht, auch wesentliche Erscheinungen oder Tendenzen des Systems selber zu kritisieren.

Mein Artikel war offen und scharf, und zweifellos habe ich mich dadurch in einflussreichen Kreisen der Bundesrepublik nicht beliebt gemacht, aber weder droht mir das Gefängnis noch der Verlust meiner Stellung am Rundfunk. Das aber muss ich als Intellektueller auf's äusserste schätzen, lieben und verteidigen, denn die Freiheit der Meinungsbildung bedeutet für den Schriftsteller Lebensluft, Atemluft, das geistige Leben selbst, und die Freiheit der Meinungsäußerung ist die Grundlage seines Berufes, wenn er sein Schreiben als einen freien Dienst an der Wahrheit auffasst. Selbst wenn mir der gegenwärtige Zustand der Bundesrepublik, das, was man die Luft und die Gesinnung der Wohlstandsgesellschaft nennen könnte, wenig behagt, selbst wenn ich die gegenwärtige Verfassung der Bundesrepublik, die ich als ihr loyaler Bürger anerkenne, für änderungsbedürftig halte, ja, selbst wenn die Änderungen, die ich für nötig halte, in der Richtung des Sozialismus liegen - wobei ich Sie bitten muss, an den älteren Sinn dieses Wortes zu denken und es nicht gemäß dem Sprachgebrauch der SED zu verstehen- selbst dann muss es

9. Mai 1961

mir kostbar erscheinen, dass ich das Recht und die Möglichkeit habe, in F r e i h e i t für diese Änderung des Systems arbeiten und kämpfen zu können.

Deshalb stimmt es nicht, wenn Dr. Euckholzer meint, die westdeutschen Intellektuellen oder doch die kritischen, die sogenannten "nonkonformistischen" oder "linken" unter ihnen - ich zitiere - betrachteten "die seit einem Dutzend Jahren existierende Bundesrepublik nicht als ihren Staat und nicht als ihr Vaterland".

Wahr daran - und zugleich für jeden guten Deutschen selbstverständlich - ist zunächst nur das eine: dass erst das g a n z e Deutschland, das seine Spaltung innerlich überwunden hat - und das gibt es schon jetzt, in den Köpfen und Herzen vieler Deutschen rechts und links von der Elbe - dass nur das g a n z e Deutschland unser Vaterland genannt werden kann.

Wahr daran ist auch, dass für uns Westdeutsche die Bundesrepublik, nur ein vorübergehendes Gebilde ist, ein Staat, der dazu bestimmt ist, eines Tages in einen wiedervereinigten Staat a l l e r Deutschen aufzugehen. Aber die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung ist für uns als ein menschliches Grundrecht, als ein Stück "Humanismus", um ein drüben oft gehörtes Wort zu gebrauchen, ja als ein Kernstück des wirklichen Humanismus von diesem wahren Vaterland untrennbar.

Weil dieses Kernstück in der Bundesrepublik im Grundgesetz festgelegt und durch das Bundesverfassungsgericht im Konfliktfall garantiert wird und weil es auch in der Praxis, wenn auch keineswegs unangefochten, durchgesetzt werden kann, bejahen wir sogenannten nonkonformistischen und kritischen Intellektuellen diesen Staat.

Auch wenn wir Sozialisten sind, bejahen wir ihn. Wir leben in einem Staat, der kein sozialistischer, sondern ein bürgerlicher, ein sozusagen liberal-demokratischer Staat ist; aber er gibt uns die Chance, in Freiheit für einen freien, solidarischen Sozialismus zu arbeiten.

Wir sehen auch als Sozialisten diesen Staat, in dem uns vieles nicht gefällt, einem System vor, in dem der "Sozialismus" erzwungen wird - und eben dadurch kein Sozialismus mehr ist.

Es ist möglich, dass wir bei einer Wiedervereinigung für uns und den Westen manches von den "sozialistischen Errungenschaften" werden übernehmen können, einzelne Einrichtungen, Modelle, auch Gesinnungen und sozusagen sozialistische Tugenden, die auch in System des erzwungenen Staatssozialismus erweckt und eingeübt sein mögen.

Was wir n i c h t übernehmen können, ist das Zwangssystem und die mit jedem Zwangssystem fast notwendig verbundene Lüge, die Einheitsideologie, zu der man sich bekennen muss. Und wir meinen damit nicht nur die demokratischeren Deutschen, sondern auch die besseren Sozialisten zu sein. Wir meinen uns damit legitimer beispielsweise auf Rosa Luxemburg berufen zu können als die SED. Nicht freilich auf Lenin und Stalin, das ist klar.

Die Klage des Städtetages

sp - Kaum eine Woche nach dem vom Bundestag verabschiedeten Steueränderungsgesetz haben die Gemeinden über das Präsidium des Deutschen Städtetages laut vernehmbare und berechtigte Klagen erhoben. Die Bundesregierung erwies sich, vier Monate vor den Bundestagswahlen, als ein grosszügiger Gabenspendler - freilich auf Kosten von anderen. Von den Steuergeschenken in Höhe von insgesamt 1,6 Milliarden DM trägt der Bund nur 245 Millionen, der übergrosse Rest entfällt auf die Länder und Gemeinden. Für viele Gemeinden ist der Steuerausfall von rund 550 Millionen ein schwerer Schlag, hindert sie doch dieser Verlust an der Durchführung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben wie Schulbau, Ausweitung des Strassennetzes, Bau von Wohnungen und Krankenhäusern und vieles andere mehr. Zwar hatte der Bundeskanzler, der als früherer Oberbürgermeister von Köln die Sorgen der Städte wohl kennt, versprochen, der Gewerbesteuerfreibetrag werde nur unter der Voraussetzung erhöht, dass die Bundesländer den finanzschwachen Gemeinden einen Ausgleich schaffen - aber er lässt es nur bei Vereprechungen.

Die finanzschwachen Gemeinden werden nun zu Kostgängern des Landes degradiert, eine Rolle, die mit der Bedeutung, die die Gemeinde als dritte Säule unseres Staates hat, schwer in Einklang zu bringen ist. Man wird in dieser Richtung etwas tun müssen, um Risse und Einbrüche in der Dritten Säule unseres Staates zu vermeiden. Die hessische Regierung ist auch hier wie auf vielen anderen Gebieten mit gutem Beispiel vorgegangen. Sie hat von sich aus den Betrag für notleidende Gemeinden in Erwartung des Steuerausfalls um rund 50 Millionen DM erhöht. Diese Lösung mag für die Gemeinden von Hessen eine Erleichterung sein. Was geschieht aber mit den Gemeinden, die keine gemeindefreundliche, sondern eine höchst knausrige Landesregierung haben? Im Nachbarland Österreich sind die Gemeinden besser dran, dort ist ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen verfassungsrechtlich gesichert; das schliesst Geschenke des einen auf Kosten des anderen aus. Eine ähnliche Regelung wäre auch in der Bundesrepublik erstrebenswert, umso mehr, als auf die Gemeinden Aufgaben zukommen, die sie früher nicht kannten.

+ - +

Symptomatisch

sp - Es ist zwar nicht überraschend, aber doch bezeichnend, dass CDU- und SED-Publikationen fast orchestriert den Parteitag der Berliner SPD-Landesorganisation zum Anlass mehr oder weniger heftiger Polemiken gegen die Sozialdemokratie nehmen. Natürlich sind die Akzente dieser Polemiken unterschiedlich gesetzt; jedoch spricht aus allen Kommentaren die Hoffnung, die Sozialdemokratie schwächen zu können. Irgendwie ist dieser Tatbestand symptomatisch für die Angst, die sowohl bei den Kommunisten, wie auch in gewissen Kreisen der CDU vor einer zielbewussten SPD-Politik herrschen mag. Es liegt uns natürlich fern, alle Gegner der SPD in einen Topf zu werfen. Aber immerhin stimmt es doch wohl nachdenklich, wenn man mit ansehen muss, dass die seit Jahrzehnten zuverlässigste Stütze der deutschen Demokratie - die SPD - von so unterschiedlichen Gegnern gemeinsam beanant wird ...

+ + +

Offene Fragen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Rede von Staatspräsident de Gaulle am Montagabend hat die Erwartungen der französischen Öffentlichkeit nicht erfüllt. Man erhoffte die eindeutige Abrechnung mit den Rechtsradikalen, die seit einigen Jahren immer wieder die Republik zu zerstören versuchen. De Gaulle kündigte zwar eine scharfe Bestrafung der Hauptschuldigen an, bezeichnete den Putschversuch aber als "Zwischenfall". Verlässliche Meldungen aus Algier beweisen, dass das Feuer des Aufstandes unter der Asche weiterglüht und bei der ersten Gelegenheit wieder hervorbrennen kann.

Das zweite Thema der Rede waren die bevorstehenden Verhandlungen in Evian; der Staatspräsident nannte den Verhandlungsort zum ersten Mal mit Namen. Es ist anzunehmen, dass man sich nach den Putschtagen hinter den Kulissen mit der FLN wenigstens über technische Einzelheiten weitgehend geeinigt hat. Umso überraschender und beunruhigender ist die neue Haltung de Gaulles, Frankreich werde, falls eine Einigung mit der algerischen Exilregierung über die Assoziation der beiden Länder nicht möglich sein sollte, ohne die FLN algerische Forderungen und sogar eine algerische Regierung ins Leben rufen. Das würde praktisch eine Verlängerung des Krieges und eine Verschärfung der rechtsradikalen Putschgefahr bedeuten.

Der dritte Punkt betraf das soziale Problem, das jetzt wieder in Form von Massenstreiks die Situation im französischen Hinterland erschwert. Der General will die Gewerkschaften zu einer "geplanten Wirtschaft" heranziehen, er will die Arbeitsschmer den Staat näherbringen. Zugleich bleiben aber die dringendsten Tagesforderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger unerfüllt.

Am meisten überraschte das Schweigen über die Dauer des gegenwärtigen Ausnahmezustandes des Art. 16, der in den Putschtagen in Kraft trat, weil damals die republikanische Ordnung und die Einheit der Nation unmittelbar gefährdet waren. Offiziell verkündet, dass diese absoluten Vollmachten des Staatspräsidenten bis zur Beendigung des Algerienkrieges andauern sollen, was Kritiken in allen politischen Lagern hervorrief. Diese für Frankreich lebenswichtige Frage blieb unbeantwortet.

Die Mehrheit kennt keine Bücher

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Betrachtet ein Italienerreisender die Auslagen der in allen Städten zahlreich vorhandenen Buchläden, so muss ihm sofort die Fülle der Neuerscheinungen und Übersetzungen aller Art auffallen. Die Buchhändler arbeiten in der Tat wie nie zuvor. 20 Jahre zuvor wäre eine Vorbestellung von 20 000 Exemplaren, wie dies bei der Veröffentlichung von Moravias Werk "La noia" geschehen ist, überhaupt nicht denkbar gewesen. Allein in Italien wurden 300 000 Exemplare von Lampedusas berühmtem "Gattopardo", 150 000 Exemplare des "Dottor Zivago" und 100 000 Exemplare von Joyce "Ulisse" verkauft.

Die italienischen Verlagshäuser blühen wie selten zuvor; sie vermehren sich auch fortwährend, so dass auf die Dauer sogar eine Inflation des Büchermarktes zu befürchten ist. Man bewirbt sich um die neuen Schriftsteller und reißt sich geradezu um die bereits bekannten. Kurzum: der italienische Buchhandel erlebt eine Blütezeit.

Nach einer vor drei Jahren durchgeführten Umfrage (die Lage hat sich inzwischen nur im positiven Sinne verändern können) werden in Italien jährlich 13 000 Bände herausgegeben. Rechnet man mit einer durchschnittlichen Auflage von 1500 bis 2000 Exemplaren pro Band, so erreicht man jährlich eine Produktion die zwischen 20 und 25 Millionen Exemplaren schwankt; das heisst ebensoviel oder sogar mehr als andere europäische und amerikanische Länder, in welchen der Büchermarkt sich seit langem einer grossen Prosperität erfreut.

Die für den Buchverkauf ausgestellten Rechnungen - Schulen sind dabei ausgeschlossen - schwanken zwischen 50 und 55 Milliarden Lire jährlich, was ungefähr - bei einer Bevölkerungszahl von 50 Millionen Menschen - 1000 Lire pro Kopf ausmacht.

Die Kehrseite

Doch diese erfreuliche und für manchen Ausländer überraschende Statistik über die Lesefreude der Italiener hat auch ihre Kehrseite. Während eines höchst interessanten, in Rom gehaltenen und diesem Thema gewidmeten Vortrages erinnerte der berühmte Verleger Valentino Bompiani daran, dass die Bücherkäufer und Bücherleser sich bloss auf ungefähr zehn Millionen Italiener beschränken. Die übrigen zählen zu den Ganz- oder Halb-analphabeten. Von 100 Italienern können nur 87 lesen und schreiben; es ist dies eine erschütternd hohe Zahl, wenn man Italien mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Grossbritannien, Schweden, Deutschland und der Schweiz vergleicht. In diesen Ländern gibt es keinen einzigen Bürger, der weder lesen noch schreiben kann. In Sowjetrussland begegnet man auf 100 erwachsenen Bürgern bloss einem und in Frankreich bloss zwei, die zu den Analphabeten zu zählen sind.

Mit saurer Ironie bemerkte Bompiani, die Italiener müssten Spanien und Griechenland dankbar sein; denn gäbe es diese zwei Länder nicht, so würde Italien an der Spitze des Analphabetismus in Europa stehen.

Aus den erwähnten Angaben geht deutlich hervor, dass in Italien wenige, diese wenigen aber sehr viel lesen. Und auf Grund derselben Statistiken kann auch geschlossen werden, dass dieser 87 (von 100) Italienern, die lesen, ein weiterer Verdienst zugeht. Sie geben nämlich nicht nur jährlich 1000 Lire pro Kopf, sondern 1200 Lire für die Anschaffung von Büchern aus.

Und auch das ist nicht die ganze Wahrheit. Wohl zählt das Land über fünf Millionen Analphabeten; doch diejenigen, die die Schule nur bis zur 2. Primarklasse besucht haben, sind ungefähr siebenhalb Millionen; diejenigen, die es bis zur 3. Primarklasse gebracht haben, ungefähr 12 Millionen. Man zählt also heute in Italien ungefähr 20 Millionen Halbanalphabeten; gibt man die fünf Millionen Ganzanalphabeten hinzu, so macht dies ungefähr 25 Millionen Menschen aus. Aber dazu wären noch die 12 Millionen Bürger zu zählen, die nur die Primarschule (5 Klassen) absolviert haben. Diese können nicht zu den Halbanalphabeten gezählt werden, doch es ist sehr fraglich, ob viele unter diesen zu den Bücherkäufern gehören.

Wird also von einem Italienreisenden die Behauptung aufgestellt, in Italien werde nicht viel gelesen, so entspricht dies nicht der Wahrheit. Es wird sogar sehr viel gelesen; nur gehören diese Leser einer Minderheit der Bevölkerung an; während die grosse Mehrheit überhaupt nicht liest.

Tiefgehende Spaltung

Auch auf dem Gebiet der Kultur lässt sich also eine tiefgehende Spaltung der italienischen Gesellschaft feststellen. Aber eine solche erschütternde Zwei-Teilung des Volkes auf diesem Gebiet kann auch ernsthafte Folgen auf dem Gebiete der Politik mit sich führen, je unwissender und ungebildeter ein Teil - und zwar ein grosser Teil - des Volkes ist, umso mehr ist dieser der Gefahr eines rücksichtslosen politischen Abenteurers ausgesetzt.

Die führende politische Schicht, die seit über 13 Jahren die Geschichte des Landes leitet, hat nichts oder sehr wenig unternommen, um diesem Zustand ein Ende zu setzen. Und doch hat gerade vor einigen Wochen eine populäre Fernsehsendung: "Wer liest?" jedermann darüber die Augen öffnen können.

Der auch im Ausland angesehene Regisseur und Schriftsteller Mario Soldati hat von Genua bis nach Sizilien (der thyrrenischen Küste entlang) in den Häfen, auf den Bauernhöfen und in den Betrieben die Leute nach ihrem Interesse für Bücher ausgefragt. Das Resultat war erschütternd und bestätigt die Angaben der Statistiken vollauf: die Armen lesen in Italien nicht, oder wenigstens keine Bücher. Sie haben in allgemeinen keine Ahnung von Genuss und der Freude, die ein literarisches Werk dem Leser bereiten kann.

Drei Klagen

Mario Soldati hat drei bekannte Verleger gebeten, im Fernsehen ihre Meinung darüber zu äussern, auf welche Weise man bei jedem Italiener das Interesse für Bücher wecken könne. Dabei bekam man drei Klagen zu hören; würde man diese beseitigen, so wäre der Zugang zur Kultur auch den Armen möglich. Erstens: der Arbeiter arbeite viel zu viel und habe viel zu wenig Zeit, um sich dem Leser zu widmen. Zweitens: die kleinen und grossen Zeitungen widmen unbedeutenden Dingen mehr Platz als den Schriftstellern und ihren Werken; somit bleibe das Buch völlig ausserhalb der täglichen Chronik. Drittens: (und diese Klage wird wohl jedermann teilen, dem die Demokratie auch auf dem Gebiet der Kultur zu Herzen geht) der Staat gibt zu wenig für die Hebung des kulturellen Niveaus der rückständigen Bevölkerungsgeschichten aus. Niemand wird diese Kritik ernsthaft anfechten wollen. Die für das ganze Land erschreckende Gleichgewichtsstörung auf dem Gebiete der Kultur ist nicht zuletzt in der Krise des Schulwesens zu suchen. Der ehemalige Präsident der Republik und Hochschulprofessor Luigi Einaudi meinte am Ende der Fernseh-Sendung mit Recht: "Ein zivilisiertes Volk braucht sich nicht vor der Überfüllung der Universitäten zu fürchten."